

schaft der Laufzige findet am 25. August auf der Strecke Pulsnitz (Start), Ramenz, Bischofswerda, Baugen, Löbau, Zittau (Ziel), ca. 100 Km. statt. Das Meisterstück-Bergamtsfahren findet am 22. September in Malschwitz bei Baugen statt. Nachdem wurden verschiedene Sachen erledigt, u. a. die Verteilung der Ehrenbecher für die besten Ausfahrer. Dazu ist zu bemerken, daß von 35 Ehrenbechern allein 9 an Mitglieder des Radfahrer-Klubs „Hönitz“-Pulsnitz ausgegeben wurden. Der Kassenbestand ist ein sehr günstiger, die Mitgliederzahl wächst auch in diesem Jahre zusehends. Möchten sich nu. alle Radfahrer, auch solche, welche keinem Verein angehören, mit den Vorteilen, welche ihnen der Laufzige Radfahrerbund bietet, bekannt machen. Es können täglich Fälle eintreten, wo der Radfahrer in die Lage kommt, die Unfall- oder Haftpflichtversicherung des Bundes in Anspruch zu nehmen. Sichere sich daher ein Jeder für den geringen Jahresbeitrag die Vorteile, die ihm der Bund bietet. Zur Auskunftsverteilung sind gern bereit: Bundeskassierer Schlossermesser B. Garten-Pulsnitz, Kreisvertreter Malermeister R. Zimmermann-Pulsnitz und Bezirksvertreter Töpfer W. Thomshke-Pulsnitz. — Radfahrer der Laufzige! Schließt Euch dem Laufzige Radfahrerbund an. All Heil!

Bischofswerda. (Heimatfest.) Für das im Jahre 1913 hier geplante Heimatfest wird schon jetzt eifrig gerüstet. Ein Programmplan ist bereits entworfen, und die verschiedenen Ausschüsse sind gebildet worden. Im Mittelpunkt des Heimatfestes, das in den Tagen vom 7. bis 9. Juni 1913 stattfinden soll, wird die Aufführung eines vaterländischen Festspiels stehen, das die Zeit der Befreiungskriege darstellen soll.

Dresden. (Der Dresdner Karneval) nach rheinischem und Münchener Muster nimmt infolge des Entgegenkommens der Aufsichtsbehörden größere Dimensionen an, die bereits diesmal wirtschaftlich nicht zu unterschätzender Bedeutung sind. Am Sonntag und Montag sah man auf den Straßen und in den Anlagen bereits allerhand „narrisches Volk“ seine Kurzweil treiben. Den Höhepunkt erreichte das harmlos tolle Treiben heute, an welchem Tage große Umzüge und Festlichkeiten aller Art stattfanden. Vormittag traf Prinz Karneval aus München in Elbflorenz auf dem Hauptbahnhof ein und wurde dort von seinen Dresdener Untertanen großartig empfangen. Nachmittag durchzog er mit seinem Volke drei Stunden lang die Stadt.

S. Chemnitz, 20. Februar. (Chemnitzer Gefrierfleisch und der deutsche Fleischerverband.) Gegen die Einfuhr von Gefrierfleisch seitens der Chemnitzer Fleischer-Innung nimmt der Vorstand des deutschen Fleischerverbandes Stellung und gibt seiner Meinung über dieses Chemnitzer Experiment, das nach der Befundung des Fleischer-Obermeisters Kütelhayn in Chemnitz sehr gute Resultate gezeitigt hat, in folgendem Ausdruck: „In der vorwöchentlichen Versammlung der Fleischer-Innung zu Chemnitz ist beschlossen worden, eine weitere Sendung gefrorener Hammel von 100 Stück zu bestellen, und den Verkauf des Fleisches durch die Mitglieder zu bewirken. Das Risiko des Bezuges übernimmt die Innung. Dieser Beschluß ist indes quasi gegen den Willen der Innungsmitglieder und unter einem gewissen Druck gefaßt worden und darf deshalb nicht falsch gewürdigt werden. Außerdem aber bezeugt er prinzipielle Bedenken. Solange der deutsche Fleischerverband an dem Grundsatz festhält, daß in erster Linie die Lebendvieheinfuhr, im Notfalle die Einfuhr von frischem Fleisch erweitert werden soll, in allerletzter Linie aber erst die von Gefrierfleisch, steht es einer einzelnen Innung nicht zu, eigene Experimente zur Verwirrung der Allgemeinheit einzuleiten. Wir können nicht verlangen, daß unsere Bestrebungen ernst genommen werden, wenn Uneinigkeit im eigenen Lager auftritt. Deshalb ist das Chemnitzer Experiment nur zu mißbilligen und wir hoffen, daß es keine Nachahmung findet.“

Zittau, 20. Februar. (Verhafteter Mörder.) Am Sonnabend ist hier ein früherer Student verhaftet worden, der in dem Verdacht steht, der Mörder der Familie Schulze in der Alten Jakobstraße in Berlin zu sein. In seinem Besitze wurden zahlreiche Goldsachen, Uhren und Ringe gefunden, die er in Zittau zu verkaufen versuchte und die jedenfalls aus dem Laden des Juweliers Schulze stammen.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 19. Februar. (Zweite Kammer.) Zunächst werden die Kapitel 73 bis 80 des Rechnungsbereichs für 1908/09 mit den Etatsüberschreitungen nachträglich genehmigt. Bei Titel 15 des außerordentlichen Etats für 1912/13, der hierauf zur Schlußberatung steht, werden als dritte und letzte Rate für den zweijährigen Ausbau der Linie Dresden—Erfwerda 885.000 M nach der Vorlage bewilligt. Es folgt die Schlußberatung über Titel 25 des außerordentlichen Etats, die Anlage des Bahnhofes Plauen-Chrieschwitz betr. Abg. Günther (Fortf.) Bp.) erstattet den Bericht der Finanzdeputation B und beantragt, die geforderte dritte Rate von 120.000 M nach der Vorlage zu bewilligen und sich mit der Deckungsfähigkeit mit Titel 26 des außerordentlichen Etats einverstanden zu erklären. Das Haus beschließt einstimmig antragsgemäß. Ferner beschließt das Haus einstimmig, bei Titel 31, Kapitel 16 des ordentlichen Etats die angeforderten 694.000 M zur Erweiterung des Bahnhofes Riesa zu genehmigen. Es folgt die Schlußberatung über die um Erbauung einer vollspurigen Eisenbahn von Cunewalde nach Löbau eingegangenen Petitionen. Abg.

Kentisch (Konj.) beantragt als Berichterstatter, die Petitionen der Regierung zur Erwürdigung zu überweisen. Im Laufe der Debatte betont Staatsminister v. Seydewitz: Der Staat lehne keine unbilligen Forderungen an die Gemeinden, jedoch würden neben dem Areal auch noch bare Baubeträge verlangt. Die unentgeltliche Beschaffung des Areals diene übrigens der Regierung den besten Maßstab für die Bedürfnisfrage. Der Minister bestätigt, daß die Regierung eine Denkschrift einbringen werde, in der die Ansprüche der Gemeinden zur Erbauung von Bahnen und Beseitigung von Niveauübergängen geregelt werden würden. Das Haus beschließt sodann antragsgemäß, die Petitionen zur Erwägung zu überweisen. Den Bericht über die Petitionen des Komitees für Erbauung einer Eisenbahn von Borna über Lausitz mit Anschluß an die Leipzig—Dresdener Linie erstattet der Abg. Nischke-Leuzsch (Nat.). Die sofortige Erbauung dieser Bahn sei wegen Erschließung der Braunkohlfelder dringend notwendig. Er beantrage namens der Deputation die Ueberweisung der Vorlage an die Regierung zur Erwägung. Staatsminister von Seydewitz: Die Regierung verkenne keineswegs, daß das Bahnprojekt für gewisse Interessentengruppen von großem Vorteil sein würde. Andererseits habe die Rentabilitätsberechnung ergeben, daß diese Bahn nicht nur keine Rente abwerfen, sondern nicht einmal die Betriebskosten decken würde. Hierauf wird die Petition des Komitees um Verbindung der Elbhatalbahn mit der Muldentalbahn nach kurzer Debatte nach dem Antrage der Deputation, soweit es sich um den Bau der Strecke Neuhausen bis Neuwernsdorf handelt, der Regierung zur Erwägung überwiehen, im übrigen aber auf sich beruhen gelassen. Die Petition der Stadträte und Stadtverordneten zu Reichenbach und Genossen, betr. die Erbauung einer normalspurigen Transversalbahn in der Richtung Reichenbach—Eibenstock—Landesgrenze beantragt Abg. Wertel (Wildliberal) auf sich beruhen zu lassen. Verschiedene Redner treten für die erbietene Bahn ein. Gewünscht wird direkte Verbindung des Vogellandes mit dem Erzgebirge und größere Fahrgeschwindigkeit auf den Nebenbahnen. Staatsminister v. Seydewitz sagt zu, daß auf verschiedenen Nebenbahnen eine wesentliche Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit in Aussicht stehe. Der Deputationsantrag wird hierauf einstimmig angenommen. Zur Geschäftsordnung bemerkt der Abgeordnete Siedemann (Soz.), ob der Präsident Kenntnis davon habe, daß regelmäßig nachmittags 5 Uhr die Finanzdeputation B Sitzungen abhalte, wodurch die Fraktionsitzungen beeinträchtigt würden. Er bitte den Präsidenten, für Abhilfe zu sorgen. Präsident Bagel erklärt diesen Wunsch für berechtigt. Es habe eine gemeinsame Beratung der Deputationsvorsitzenden stattgefunden, in der beschlossen wurde, gewisse Nachmittage entweder für die Schuldeputation oder für die Fraktionsitzungen freizubehalten. Er bitte, diesem Beschluß gemäß zu handeln. Nächste Sitzung morgen vormittag 11 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die sozialdemokratischen Anträge betr. Arbeiterchutz und Aufhebung der revidierten Gesindeordnung.

Stimmungsbilder aus dem Reichstage.

Sitzung vom 17. Februar.

Die zweite Rednergarnitur ist an der Reihe. Zuerst hatte Herr Ledebour Gelegenheit, sein Herz auszuschütten und er tat es gründlich, fast 3 Stunden sprach er und mehr als einmal ging sein Temperament mit ihm durch, so daß er sich Ordnungsruf auf Ordnungsruf zuzog. Zum Glück präsiidierte Herr Kaempf; es wäre ein eigenartiger Anblick gewesen, wenn er mit seinem eigenen Parteigenossen, Scheibemann, zurechtgewiesen worden wäre. Herr Ledebour zog insbesondere gegen den Reichskanzler wegen seiner gefirrtigen Rede zu Felde, aber auch Graf Poljadowitz bekam etwas auf den Hut, ebenso die Leitung unserer Außenpolitik, wobei Worte der schärfsten Tonart fielen. Die Angriffe gaben Herrn v. Aiderlen-Waechter Veranlassung, auf dem Plan zu erscheinen. Er genügt zuerst einer internationalen Courtoisie, indem er die vom Vordredner erfolgten beleidigenden Worte gegenüber der russischen Regierung zurückweist. Dann beschäftigte sich der Staatssekretär in einer etwas längeren Darlegung, als man sie sonst von ihm gewohnt ist, mit der Marokkofrage, speziell ging er oft auf die etwas mysteriöse Frage der Konferenzen mit den alldutschen Führern ein, indem er den Tatbestand nach Möglichkeit aufzuklären suchte und vor allem den Vorwurf zurückwies, daß er zuerst die Alldeutschen aufgehetzt hätte, mit der Erklärung, daß Deutschland einen Teil von Marokko nehmen müßte, um dann mit der Zurückweichen. Herr v. Aiderlen-Waechter betonte mit allem Nachdruck, daß eine derartige Verheerung niemals von seiner Seite gefallen sei, wemgleich er zugab, daß er den Alldeutschen Material gegeben haben, um gegenüber dem französischen Chauvinismus als Gegenantwort zu veranstalten. Nach ihm rechnete Herr v. Gröber mit dem Reichskanzler ab, dem er vorhielt, daß er auf der einen Seite die Parteien einigen wollte, auf der anderen den Zankapfel der Erbschaftsteuer hineinwarf. Zum Schluß kam noch, nachdem der neue Kolonialsekretär Dr. Solff seinen Entschluß über die Mischlinge in Samoa verteidigt hatte, Staatssekretär Wermuth, der gegen die Stellung des Zentrums gegen die Erbschaftsteuer polemisierte.

Sitzung vom 19. Februar.

Im Reichstage sah es heute nicht aus, als ob es sich um die erste Etatslesung handle. „Stellt auf den Tisch die duftenden Rosen.“ Vor dem Sitze des Präsidenten Kaempf prangt ein großer Blumenstrauß, den die Schriftführer ihm zum 70. Geburtstag gestiftet haben, und freundlich bant Herr Kaempf für diese Ehrung. Zu Beginn der Sitzung hatte man eine kleine Senfation erwartet, indem man der Ansicht war, daß der Präsident von der Ablehnung der Audienz durch den Kaiser Mitteilung machen würde, aber nichts dergleichen geschah. In der Debatte selbst befaßte man sich wiederum mit dem Streit zwischen links und rechts. Den Auftakt machte der konservative Redner von Puffik, der den Liberalen vorwarf, Schrittmacher der Sozialdemokratie zu sein. Von weitgehender Bedeutung war die im Namen seiner Partei gegebene Erklärung, daß diese nach wie vor gegen die Erbschaftsteuer stimmen werde. Als Antipode kam der in den letzten Tagen so viel genannte Nationalliberale Baasche, der mit selten dagesener Schärfe gegen die Konservativen sprach und ihnen den Vorwurf der Schrittmacherei für die Sozialdemokratie zurückgab, indem er ihnen vorhielt, 12 Mandate den Sozialdemokraten zugesandt zu haben. Dann ging er auf die Präsidentenwahl ein und wandte sich namentlich gegen Herrn von Bethmann-Hollweg wegen dessen Verheerung über die Präsidentenwahl. Ihm schloß sich der Fortschrittler Göttsch ein, der gleichfalls sein Köhlein gegen die Rechte tummelte. Die sechste Stunde war längst herangebrochen, als der heute im Hause anwesende Reichskanzler sich erhob, um die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Er habe nur gesagt, daß die Liberalen sich nach links entwickelt hätten und das sei sein gutes Recht. Zum Schluß läßt der Kanzler noch erneut den Sammelruf ertönen und warnt die Parteien, sich noch weiter zu entzweiten; es sei sein heiligster Wunsch, daß man sich wieder zusammensuchen möge, um eine Politik der mittleren Linie zu treiben. Nachdem noch Herr Webel in einer persönlichen Bemerkung die Nachricht demontiert hatte, daß der sozialdemokratische Vizepräsident bereit sei, zu Hofe zu gehen um ev. das Kaiserhoch auszubringen, wurde die weitere Debatte auf morgen vertagt.

General-Versammlung des Bundes der Landwirte.

Berlin, 19. Februar. Zum zweiten Male hielt der Bund der Landwirte heute seine große Feierschau im Sportpalast in der Potsdamer Straße ab. Auf dem Vorhof ist eine förmliche Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen eröffnet, die mit Hilfe elektrischer Kraft und einer Lokomotive im Betrieb gezeigt werden. Gegen 1 Uhr eröffnet der Vorsitzende des Bundes Dr. Koesfeldt-Görzsdorf die Versammlung. Er wird lebhaft begrüßt, als er seine Rede wie folgt beginnt: Der Bund der Landwirte zeigt sich in ungeschwächter Kraft. (Bravo!) Er macht, wenn man die Versammlung überblickt nicht den Eindruck als wenn er am Boden liege. (Nein, nein!) Die Wohl ist vorüber, aber Siegesfreude konnten nach dieser Wahl nur die Sozialdemokraten empfinden. (Psui!) Ohne Zentrum und Sozialdemokratie kann jetzt kein Gesetz im Reichstag gemacht werden. Die Liberalen sind zu einer Trabantenarmee der Sozialdemokratie herabgesunken. Schon zählt der Reichstag zu einem Viertel Sozialdemokraten und wieviel verlappte mag es noch geben! Der Reichskanzler ist im Irrtum wenn er glaubt, die Macht der Sozialdemokratie werde schwinden, wenn sie zu Taten übergeht. Bei Zeiten müßte dieser Macht entgegengetreten werden, ehe es zu spät ist. (Sehr richtig!) Der Vionier der Umsturzpartei ist der Hansjahn, dessen Führer zur Umgehung des Kaisers gehören. Wir sagen mit Herrn von Oldenburg: Uns ist der Kaiser nicht eine Einrichtung. Uns ist er eine Person. (Stürmischer Beifall!) Wir sind der Schutz der Krone. Wir wollen es bleiben. Der nächste Redner ist Freiherr von Wangenheim (Klein-Spiegel). Lebhaft sind die Verluste zu beklagen, die wir erlitten, und wir müssen versuchen, sie wieder einzubringen. Wir hatten den Liberalen zu sehr getraut und nicht gewußt, daß sie für die Sozialdemokratie so rücksichtslos kämpfen werden. Redner stellt fest, daß sich der Zolltarif bewährt hat. Die Nationalliberalen leisten den Sozialdemokraten Vorspanndienste. Herr Wasserhoff ist schon längst als der Totengräber der Partei bezeichnet worden. Beim Wahlkampf haben jüdisches Geld und jüdische Presse in einer Weise gewirkt, daß ein neuer, wenn auch idealer Antisemitismus zu erwarten ist. Es ist nicht zu leugnen, daß eine große Erbitterung Platz gegriffen hat. Wenn die neuen Steuern kommen, von denen man spricht, so sind wir zu jedem Opfer bereit, aber wir erwarten, daß diese Opfer von den Lebenden und nicht von den Toten gefordert werden. (Stürmische Zustimmungen) Von lebhaften Zurufen begrüßt, nimmt jetzt Dr. Dieckhoff das Wort: Die politische Lage wird durch zwei Pole gekennzeichnet: durch die Sozialdemokratie und durch die Herrschaft des mobilen Kapitals. Redner kommt dann auf die Steuerpolitik zu sprechen und führt aus: 400 Millionen indirekte Steuern haben wir mithelfen müssen, dem Reiche darzubringen, und nun bei den letzten Wahlen habe man den Buckel hingehalten und habe sich verhauen lassen. (Heiterkeit und Beifall.) Als während der weiteren Ausführungen Dr. Hahn antisemitische Äußerungen laut wurden, bittet er derartiges zu unterlassen. Man würde gegnerischerseits derartige Äuße dazu benutzen, um diese imposante Versammlung als antisemitische Rabauerversammlung zu kennzeichnen. Nunmehr ergreift Herr von Oldenburg-Januschau das Wort. Es dauert geraume Zeit, bis die stürmischen Begrüßungsrufe sich gelegt haben und er beginnen kann: Ich habe bereits im vorigen Jahre prophezeit, daß mancher von uns auf dem Wahlfelde bleiben werde. Aber ich habe auch vorausgesagt, daß der Bund der Landwirte mit blankem Schilde, die Gegenspieler gegen die Sozialdemokratie gerichtet, aus dem Kampfe hervorgehen werde. Beides ist eingetroffen. Der Wahlkampf war zuge-spitzt zwischen dem liberalen Zudentum und der christlichen Moral. Die Nationalliberalen haben wir einst herausgehauen. Das war eine kolossale Dummheit. Die Sozialdemokraten müssen aus den Vorzimmern der Geheimräte verschwinden. (Stürmische Zurufe.) Herr v. Oldenburg kommt dann auf die Erbschaftsteuer zu sprechen, deren Ablehnung er durchaus gerechtfertigt findet. Herr v. Oldenburg verlangt im weiteren Verlaufe seiner Rede die Wiederherstellung der Autorität den Beamten gegenüber. Unbekümmert um Gunst oder Ungunst werde der Bund nach wie vor seine Schuldbiligkeit tun. Er werde dem Umsturz Einhalt zu gebieten suchen und jetzt, da es heiße, Königtum oder Sozialdemokratie, jetzt, wo für Mittelparteien kein Raum mehr ist, werde der Bund sich erheben mit dem Rufe: Gott, Kaiser, Vaterland, Nation. (Stürmische Zurufe auf Herrn v. Oldenburg.) Es folgt nunmehr die Diskussion aus der Bemerkenswertes nicht zu berichten ist. Schließlich gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: „Der Bund der Landwirte tritt in ungebrochener Kraft für den gleichmäßigen Schutz jeder nationaler Arbeit ein. Er erachtet es gerade jetzt für besonders wichtig, das deutsche Volk mit seiner Versorgung mit Fleisch und Brot vom Auslande immer unabhängiger zu machen und zu erhalten. Hierzu bedarf es des Schutzes der landwirtschaftlichen Produktion einschließlich des deutschen Futterbaues und der deutschen Gärtnerei. Die Resolution verpflichtet sich weiter, für ein Eintreten des Bundes für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand und fährt dann fort: Der